

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen!

TTIP, TISA und CETA sind jetzt nahezu in aller Munde. Gut so! Das haben wir nicht zuletzt denjenigen zu verdanken, die die Protestbewegungen der letzten Monate organisiert haben. Die dafür gesorgt haben, dass TTIP und Co. nicht als „Geheimabkommen“ verhandelt werden konnten: vorbei an der Öffentlichkeit und sogar vorbei an den Parlamenten.

Was in den letzten Wochen ans Licht kommt, ist alarmierend: Die Profitinteressen von Großkonzernen werden über alles gestellt. Regierungen sollen in vielen Fragen de facto entmachtet werden. Sie sollen auf Milliardenbeträge an „entgangenen Gewinnen“ verklagt werden können. Das ist ein Üdning, denn wenn Regierungen die

unternehmerische Freiheit einschränken, sollten sie das tun können, um diejenigen zu schützen, für die das freie Großunternehmertum existenzbedrohend ist.

Diejenigen, die diese Abkommen vorantreiben, verfolgen nicht das Ziel, Wohlstand für möglichst viele zu schaffen. Sie wollen möglichst viel Wohlstand für wenige erhalten. Nämlich für diejenigen, die jetzt schon das Geld und damit viel Macht bei sich konzentrieren. Aber Macht bleibt nur bei jenen, wenn die anderen sie auch dort lassen. Und das darf nicht passieren: Wir alle müssen für unsere Interessen eintreten. Wir alle müssen klarstellen, was mit uns nicht zu machen ist und deutlich machen, dass wir die Mehrheit sind. Wer unsere Inter-

» Wir alle müssen für unsere Interessen eintreten.«

sen vertritt, hat die größte Macht hinter sich: nämlich uns alle.

Mit herzlichen kollegialen Grüßen,

CHRISTINE BEHLE



CHRISTINE BEHLE, MITGLIED DES VERDI-BUNDESPRESENDES | FOTO: DIE HOFFOTOGRAFEN

INTERVIEW

Die Freihandelsabkommen TTIP, CETA, TISA

Undemokratisch, wirtschaftshörig und verbraucherunfreundlich

Beate Müller-Gemmeke sitzt als Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag. Sie ist Sprecherin ihrer Fraktion für Arbeitnehmer/-innenrechte und hat sich auch intensiv mit Europathemen befasst. Vor ihrem Einstieg in die Bundespolitik hat sie sich in ihrem Heimatland Baden-Württemberg der Kommunal- und Landespolitik gewidmet. Mit dem Verkehrsreport sprach sie über die zu erwartenden Folgen von TTIP & Co.

braucherschutz. Damit sind Themen angesprochen, die den Grünen besonders am Herzen liegen. Worum geht es konkret?

Beate Müller-Gemmeke | Das Chlörhühnchen bietet ein öffentlichkeitswirksames Bild. Dahinter steht aber noch etwas ganz anderes: In Europa gilt das sogenannte Vorsorgeprinzip. Produkte, Medikamente, Chemikalien etc. dürfen nicht auf den Markt, solange nicht bewiesen ist, dass sie unschädlich sind. Erst wenn klar ist, dass definitiv keine Gefahr für Umwelt oder

den Standards deutlich niedriger. Aufgrund dieser Unterschiedlichkeit kann es zu Klagen kommen, was wieder mit dem Investitionsschutz zusammenhängt. Hätten wir heute beispielsweise schon TTIP, könnte eventuell gegen die Einführung des Mindestlohnes geklagt werden.

Könnte sich das auch auf das Streikrecht auswirken?

Beate Müller-Gemmeke | Europa verhandelt mit den USA, obwohl wir genau wissen, dass dort nur ein Bruchteil der

hen solche Impulse unter der Nachweisgrenze. Beweise für ein großes Plus an Beschäftigung gibt es nicht. Aber selbst wenn es sie gäbe, wäre der Preis dafür zu hoch.

Was ist von TISA zu erwarten?

Beate Müller-Gemmeke | Bei TISA geht es darum, Dienstleistungen insgesamt zu liberalisieren. Soweit ich weiß, geht es dabei auch um die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Wir wissen definitiv, dass mit sogenannten Negativlisten statt den bisher üblichen Positivlisten gearbeitet werden soll. Das heißt: Alle Dienstleistungen, die nicht auf der Liste stehen, können bzw. sollen liberalisiert werden. Damit wird in den nicht aufgeführten Bereichen Druck aufgebaut.

Sogenannte Stillhaltekläusen sollen gewährleisten, dass einmal liberalisierte Bereiche nicht mehr reguliert werden können, Liberalisierung also nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Damit würden die politischen Handlungsmöglichkeiten radikal beschnitten, auch wenn es zu Regierungswechseln kommt. Wenn sich eine neue Regierung nicht mehr von Entscheidungen ihrer Vorgängerin abwenden kann, schwinden die Gestaltungsspielräume von Politik.

Gerade im Verkehrsbereich wurde bereits viel liberalisiert, auch auf europäischer Ebene. Beschäftigte leiden schon heute unter dem Konkurrenzdruck, den die Unternehmen auf dem Rücken der Arbeitnehmer/-innen austragen. Wird sich das unter TTIP verschärfen?

Beate Müller-Gemmeke | Das ist im Moment schwer zu sagen. Aber der Verkehr steht definitiv nicht auf der Negativliste. Weitere Liberalisierung ist also möglich. Die Gefahr weiterer Verschlechterungen besteht also, was die Bedingungen für Ausschreibungen etc. betrifft.

Was ist von TTIP auf kommunaler Ebene zu erwarten?

Beate Müller-Gemmeke | Ich habe mehr als 20 Jahre als Gemeinderätin in meinem Heimatort in Baden-Württemberg mitbestimmt und mitentschieden. Dieser Punkt treibt mich daher sehr um: Was passiert, wenn TTIP, CETA und TISA wirklich dahin gehen, dass über die Negativlisten nur noch hoheitliche Aufgaben von Ausschreibungen ausgenommen sind und alle anderen Bereiche theoretisch liberalisiert werden können oder sogar müssen? Im Endeffekt droht ein solches Übereinkommen die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen. Bisher können diese zumindest noch teilweise entscheiden, wie und welche Dienstleistungen sie anbieten. Wenn diese Möglichkeit entfällt, wäre es ein herber Schlag.

Ist ein solches Abkommen überhaupt notwendig? Sollte man es ganz sein lassen oder müsste es vor allem anders gestrickt werden?

Beate Müller-Gemmeke | Meiner Meinung nach ist TTIP nicht notwendig, die

bestehenden Handelsabkommen reichen völlig aus. Die vorhandenen Vereinbarungen stellen ausreichende Standards bereit. Man könnte darüber verhandeln, wie etwa technische Details bei einigen Produkten zu verbessern seien. Alle anderen Themen müssen meiner Meinung nach nicht neu geregelt werden. Was ich mir hingegen gut vorstellen könnte, wären zukunftsweisende Abkommen zwischen der EU und den USA über mehr Klimaschutz oder zum gemeinsamen Vorgehen gegen Armut. Aber ein Abkommen, bei dem es selbst bei der Daseinsvorsorge nur um Gewinnmaximierung und Märkte geht, brauchen wir nicht.

Lässt sich TTIP noch verhindern?

Beate Müller-Gemmeke | Wir geben erst auf, wenn gar nichts mehr geht! Noch ist nicht klar, ob es ein reines oder ein gemischtes Verfahren geben wird. Wer entscheidet am Ende: nur die europäische Ebene? Oder auch die nationalen Gremien, bei uns also der Bundestag und der Bundesrat? Wenn national abgestimmt werden muss, besteht eine größere Chance, das Abkommen zu stoppen. Dazu muss allerdings der Druck von der Straße seitens der Zivilbevölkerung noch viel stärker werden!

Außerdem: CETA ist die Blaupause für TTIP. Das Abkommen mit Kanada liegt vor, auch dort ist der Investitionsschutz elementar. Wenn das infrage gestellt würde, könnte sich TTIP weit in die Zukunft verschreiben. Für die USA ist der Investitionsschutz enorm wichtig. Wenn er bei CETA herausgenommen werden würde, wäre TTIP für die USA viel weniger interessant.

Die Grünen sind gegen TTIP. Sie haben den Versuch unterstützt, eine europäische Bürgerinitiative dagegen ins Leben zu rufen. Warum und mit welchen Hauptkritikpunkten?

Beate Müller-Gemmeke | Zunächst stören wir uns an der undemokratischen und intransparenten Art, in der die Verhandlungen laufen. Den Bundestags- und Europa-Abgeordneten wurden nur wenige und bruchstückhafte Dokumente zugänglich gemacht. NGOs werden bei den Verhandlungen kaum gehört, Wirtschaftslobbyisten hingegen schon. Das ist fast ein Politik-Outsourcing. Diese Hinterzimmer-Kungelei wird dem Thema nicht gerecht.

Zum Zweiten stellen wir uns entschieden gegen den Investitionsschutz. Und schließlich sehen wir die Gefahr, dass Standards im Verbraucherschutz, beim Umweltschutz, aber auch bei den Rechten von Arbeitnehmer/-innen aufgeweicht werden können.

Wer sind die Hauptbetreiber von TTIP?

Beate Müller-Gemmeke | Ganz klar die Wirtschaft. Deren Interessen sollen in Form eines Gesetzes in Stein gemeißelt werden. Offiziell sollen Zölle abgebaut werden. Die sind aber ohnehin nicht mehr relevant. Schlussendlich geht es darum, sogenannte nichttarifäre Hemmnisse abzubauen. Vor allem große Konzerne wie Nestlé oder Monsanto hegen diesbezügliche Interessen, der Mittelstand wird dabei nicht wirklich viel gewinnen.

Ein wichtiges Anliegen der Konzerne ist dabei der Investitionsschutz – mittlerweile wissen wir ja, was es bedeutet, wenn diese auch gegen politische Entscheidungen klagen können, weil dadurch vermeintlich Gewinne reduziert werden. Vattenfall liefert dafür das beste Beispiel: Das Unternehmen klagt wegen der Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland zum Atomstopp. Inzwischen geht es um einen Betrag von 4,7 Milliarden Euro! So etwas geht nach unserer Auffassung gar nicht. Unter solchen Bedingungen würde Politik nicht mehr funktionieren, sie kann nicht mehr zum Wohl von Menschen und Umwelt agieren.

In den Medien ist immer wieder das berühmte Chlörhühnchen zu sehen – ein Aspekt aus dem Umwelt- und Ver-



BEATE MÜLLER-GEMMEKE | FOTO: PRIVAT

Gesundheit besteht, werden neue Stoffe und Produkte zugelassen. In Amerika ist es genau umgekehrt: Da dürfen Neuigkeiten zunächst ungehindert auf den Markt. Sollte sich – wie auch immer – herausstellen, dass sie schädlich sind, werden sie vom Markt genommen. Darin besteht ein großer und elementarer Unterschied, bei dem Europa viel verantwortlicher handelt.

Eines Ihrer persönlichen Themen sind die Arbeitnehmer/-innenrechte. Welche Änderungen sind durch TTIP zu erwarten?

Beate Müller-Gemmeke | Ganz grundsätzlich: Wir wissen über die Abkommen noch viel zu wenig: CETA wird momentan übersetzt und gründlich durchgearbeitet, zu TTIP sind noch viele Fragen offen und über TISA wissen die Parlamentarier fast nichts – dazu gibt es nach meiner Information bisher nur ein einziges öffentlich gemachtes Dokument. Das belegt die große Intransparenz, mit der agiert wird und die uns teilweise zur Kaffeesatzleserei zwingt.

Mit den Arbeitnehmer/-innenrechten sind wir in Deutschland bzw. in Europa zwar nicht in jeder Hinsicht zufrieden, wir haben aber dennoch relativ gute Standards erreicht – etwa bei Allgemeinverbindlicherklärungen, Mindestlöhnen, Arbeitszeitregelungen, Urlaubsansprüchen oder Mutterschutz. In Amerika sind die entsprechen-

den ILO-Kernarbeitsnormen ratifiziert wurde – beispielsweise eben gerade nicht, dass es gewerkschaftliche Aktivitäten geben darf. Die Probleme der Gewerkschaften in den USA beim Thema Tarifverhandlungen sind bekannt. Wir verhandeln mit den USA nicht auf gleicher Augenhöhe, weil das Niveau in diesen Dingen dort viel niedriger ist als in Europa. Wie will man das harmonisieren? Eigentlich sollte es so laufen: Voraussetzung für die Gespräche müsste sein, dass die USA die kompletten ILO-Kernarbeitsnormen ratifizieren. Alles andere könnte zu Konflikten führen und schließlich zu einer Absenkung unserer Normen. Natürlich betrifft das auch die gewerkschaftlichen Rechte. Nehmen wir etwa das deutsche Unternehmen T-Mobile: In den USA lehnt es sich an die dortigen Gepflogenheiten an, verhält sich gewerkschaftsfeindlich und ist kaum zu Tarifverträgen bereit. Wir hatten einmal eine Delegation aus Beschäftigten von T-Mobile US hier; was die erzählten, ging mir sehr unter die Haut. Das Beispiel zeigt, wie die Harmonisierung im Bereich Arbeit vermutlich ablaufen würde.

Die Initiatoren von TTIP haben neue Arbeitsplätze versprochen. Es gibt Studien, die das Gegenteil besagen. Wie stehen die Grünen dazu?

Beate Müller-Gemmeke | Unsere Kolleg/-innen aus der Europa-Fraktion se-

IMPRESSUM

Verkehrsreport
Nr. 3, Dezember 2014

Herausgeber:
Verenigte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)

Bundeschristliche Leitung:
V.i.S.d.P.: Frank Bsirske, Christine Behle

Koordination:
Carola Schwim, Silke Mader

Redaktionelle Bearbeitung:
Ute Christina Bauer (transit.berlin.pro media)
www.pressebuero-transit.de

Redaktionsanschrift:
ver.di-Bundesverwaltung
Fachbereich Verkehr
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Layout, Satzstellung:
VH-7 MedienKüche GmbH
Kreuzbacher Straße 62
70372 Stuttgart
www.vh7-m.de

Druck:
apm AG Darmstadt,
Kleyerstraße 3, 65295 Darmstadt
www.alpha-print-medien.de

Titelfoto Seite 1:
Jakob Huber

Der ver.di-Fachbereich Verkehr ist auch im Internet zu finden:
www.verdi.de/verkehr